

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

14.09.2022

# Inhalt

## EWN

- 1 | **Nord Stream 2: Politik wischt IHK-Vorstoß rigoros vom Tisch**  
*Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 14.09.2022* ..... 3
- 2 | **Wirtschaftsweisen reicht AKW-Reservebetrieb nicht aus**  
*Spiegel.de, 13.09.2022* ..... 4

## Nord Stream 2: Politik wischt IHK-Vorstoß rigoros vom Tisch

*Keine Denkverbote – dies fordert die Industrie- und Handelskammern in MV hinsichtlich einer Öffnung der Gaspipeline. Die Politik will davon aber nichts wissen.*

**Schwerin.** 85.000 Mitgliedsunternehmen mit 500 000 Mitarbeitern – es ist eine gewaltige wirtschaftliche Kraft, die die IHKs aus Rostock, Schwerin und Neubrandenburg in Mecklenburg-Vorpommern auf die politische Bühne bringen. Doch bei der Frage, ob die für viele Unternehmen und ihre Arbeitskräfte existenzgefährdende Energiekrise mit Gas aus der derzeit abgeklemmten Pipeline Nord Stream 2 zu lösen wäre, schickt die Politik die Wirtschaft in die Ecke der Leichtgewichte. Sprich: Bis auf eine Partei wischen die im Landtag vertretenen Fraktionen den Denkanstoß vom Tisch, den die Wirtschaftsvertreter zu Wochenbeginn geäußert hatten.

Besonders derbe reagieren die Grünen in MV, die im Bund immerhin den Bundeswirtschaftsminister stellen. „Eine Öffnung von Nord Stream 2 wäre ein Verrat an der Ukraine und würde nur dem russischen Kriegstreiber Wladimir Putin in die Hände spielen“, stellte Fraktionschef Harald Terpe unmissverständlich fest. Die Lieferstopps von russischem Erdgas seien ein politisches Erpressungsinstrument des Aggressors Wladimir Putin, so Terpe. „Fakt ist: Wenn der russische Präsident wollte, könnte er genügend Gas liefern. Intakte Lieferleitungen gibt es genug, Nord Stream 2 wird nicht benötigt.“

Ähnlich argumentiert René Domke von der FDP. „Die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 klingt für viele erst mal verlockend. Einfach aufdrehen und alles würde wie früher. Ich denke, das ist naiv bis fahrlässig, weil der Eindruck vermittelt wird, ein hochkomplexes The-

ma ließe sich aktuell über einen einzigen Schritt lösen.“ Es mangle laut Domke nicht an Pipelines, die stünden mit Nord Stream 1, Jamal und Ukraine-Trasse zur Verfügung. Der Mangel entstehe, weil das Gas bewusst gedrosselt werde.

Franz-Robert Liskow (CDU) stellte fest, dass keiner wüsste, welchen Effekt die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 auf den Gaspreis wirklich hätte. Deshalb helfe die Debatte nicht weiter. Liskow forderte dagegen erneut einen Energiepreisdeckel.

„Russland ist aktuell kein verlässlicher Partner mehr.“, sagte Falko Beitz, Energieexperte der regierenden SPD. Selbst wenn wir Nord Stream 2 öffnen würden, würde keine einzige Kilowattstunde Erdgas fließen. Es fehle am Willen der russischen Seite, bestehende Verträge zu erfüllen, so Beitz.

„Macht die Röhre auf“ – mit einer solch schnell dahin gerufenen Losung würde man keines der Probleme lösen, meinte Peter Ritter, Landeschef der Linken. Zielführender wären unter anderem das Ende der Gasumlage und die Einführung der Übergewinnsteuer.

Zustimmung gibt es beim Thema Nord Stream 2 lediglich von der größten Oppositionspartei im Landtag, der AfD. „Es gibt eine naheliegende Alternative gegen die selbst gemachte Gaskrise, die keinerlei Mehrbelastungen mit sich bringt: die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 und eine Laufzeitverlängerung für unsere Kernkraftwerke“, hatte Petra Federau von der AfD schon vergangene Woche im Landtag gefordert.

# DER SPIEGEL

📄 Spiegel.de | 13.09.2022 | S. 22:43 Uhr

👤 Alexander Preker, dpa, AFP

🔗 WEBLINK

## KAMPF GEGEN DIE ENERGIEKRISE

### Wirtschaftsweisen reicht AKW-Reservebetrieb nicht aus

*Die Wirtschaftsweisen positionieren sich geschlossen gegen Habecks Plan, im Winter zwei Kernkraftwerke als Reserve zu nutzen – und fordern mehr. Die Kosten des Plans seien hoch, der Nutzen gering.*

Der Sachverständigenrat der Bundesregierung zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung kritisiert die Pläne von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, zwei der drei noch laufenden Atomkraftwerke nur in Reserve zu behalten.

Die Atommeiler sollten »zumindest bis zur nachhaltigen Überwindung der Energiekrise zunächst weiter betrieben werden«, schreiben die sogenannten Wirtschaftsweisen, die die Bundesregierung in ökonomischen Fragen beraten. Ein von dem Grünenpolitiker lediglich ins Auge gefasster Reservebetrieb bis Mitte April kommenden Jahres sei dagegen »nicht zielführend«, heißt es in einem Gastbeitrag für die »Frankfurter Allgemeine Zeitung«.

Es sollten alle Möglichkeiten in Betracht gezogen »und jenseits ideologischer Grabenkämpfe diskutiert« werden, um die Gasverstromung weiter zu reduzieren, die stark gestiegenen Strompreise zu dämpfen und die Verfügbarkeit von Energie zu erhöhen, schreiben sie. Dem Forscherteam gehören Veronika Grimm, Monika Schnitzer, Achim Truger und seit August Ulrike Malwendier sowie Martin Werding an.

#### **Wirtschaftsweise: Hohe Preise machen Menschen sparsam**

Zuvor hatte sich bereits der Betreiber des AKW Isar 2 in einem Brief an Habeck beschwert. Das Kraftwerk nur als Kaltreserve für den Notfall vorzuhalten, sei riskant und nicht umsetzbar. Solch ein Reservebetrieb sei technisch nicht machbar. Der Minister warf dem Konzern daraufhin vor, das Konzept der Notfallreserve nicht verstanden zu haben.

Nun legen die Wirtschaftsweisen nach: Bei dem von Habeck vorgeschlagenen Reservebetrieb fielen »nur die mit der Bereithaltung verbundenen Kosten an, ohne dass der Nutzen aus dem Betrieb realisiert« werde, schreiben die Mitglieder des Gremiums.

Der Atomausstieg sieht bislang vor, die drei noch verbliebenen AKW zum Jahresende abzuschalten. Zwei der drei noch aktiven Atomkraftwerke in Deutschland sollen aber bis Mitte April in einen Notfallmodus übergehen. Je nach Bedarf können sie ab Januar direkt in einen sogenannten Streckbetrieb überführt werden oder zunächst herunter- und im Laufe des Winters wieder hochgefahren werden.

Diesen Kompromiss hat Habeck nach einem sogenannten Stresstest vorgelegt. Vor allem die Grünen tun sich bereits mit solch einem Streckbetrieb schwer. Gar bereits stillgelegte AKW wieder hochzufahren, wie es etwa die FDP fordert, lehnen sie ab. In der Bevölkerung hat sich angesichts der knapper und teurer werdenden Energie die Haltung zum für Ende 2022 geplanten Atomausstieg inzwischen dagegen gewandelt. (Lesen Sie hier: Atomkraft? Ja bitte!)

#### **Ökonomen rechnen mit Energiekrise bis Sommer 2024**

Auf dem Arbeitgebtag verteidigte Habeck seine Linie. Wenn jetzt jemand sage »AKW sind unsere Lösung«, werde dies der »Komplexität der Aufgabe nicht gerecht«. Es sei richtig, mit Blick auf die Lage im Winter und die Unsicherheiten hinsichtlich der Betriebsbereitschaft französischer AKW die deutschen Kraftwerke nicht »fahrlässig aus der Hand zu geben«.

Gleichzeitig bleibe Atomkraft »eine Hochrisikotechnologie«, und auch die Endlagerfrage sei weiter ungelöst, sagte Habeck. Die Bundesregierung will im November oder Dezember darüber entscheiden, ob der Streckbetrieb für Atomkraftwerke über das Jahresende hinaus notwendig ist.

Die Wirtschaftsweisen rechnen bereits damit, dass die Energiekrise »bis mindestens zum Sommer 2024 anhalten« wird. Angesichts der angespannten Lage müsse es auch stärkere Anreize für Privathaushal-

te geben, den Gasverbrauch zu senken. Appelle und ordnungsrechtliche Vorgaben könnten »Sparanreize durch Preissignale« nicht ersetzen. »Die hohen Gaspreise sollten an die Endverbraucher weitergereicht werden, die im Gegenzug pauschal entlastet werden müssten«, schreiben die Autoren.

Das von der Regierung geplante dritte Entlastungspaket loben sie für die geplante Reform des Wohngeldes und die zusätzliche Heizkostenpauschale. Viele Maßnahmen seien aber noch unklar oder nicht zielgenau. »Insbesondere zur Entlastung der Gaskunden sollten schnellstmöglich zielgenaue Maßnahmen entwickelt und umgesetzt werden.«